



Parteipräsidentin Verena Diener gibt sich selbstbewusst: «Wir Grünen sind nicht der kleine Bruder der SP.»

BILD KEYSTON

Grüne sagen «aus Vernunft» ja zur 10. AHV-Revision

Eigene Initiative für flexibles Rentenalter 62 ist auf Erfolgskurs

Den Schweizer Grünen sind die Verbesserungen, welche die 10. AHV-Revision bringt, für den Moment mehr wert als der Widerstand gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen. Zustimmung fand bei den Delegierten am Samstag im sanktgallischen Wil auch die AHV-Initiative von SP und Gewerkschaften. Für die eigene Initiative, die ein flexibles Rentenalter 62 verlangt, ist ein Drittel der nötigen Unterschriften beisammen.

■ VON SILVÂN LÜCHINGER, WIL

Die Abstimmungsparole der Grünen zur 10. AHV-Revision sei ungewiss, hatte es im Vorfeld der Delegiertenversammlung vom vergangenen Samstag in Wil geheissen. Von einer engagiert geführten Debatte mit knappem Ausgang konnte dann aber keine Rede sein: Nach wenigen Wortmeldungen fiel der Entscheid mit 77 Ja gegen 4 Nein eindeutig aus.

Die mit der Gewährung von Erziehungsgutschriften und dem Rentensplitting erzielten Fortschritte seien ein «Quantensprung», der nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden dürfe, überzeugte Nationalrätin Pia Holenstein die Delegierten. Mit dem Rentenalter 64 für Frauen haben sich die Grünen deswegen aber nicht angefreundet. Verhindert werden soll es mit der eigenen Initiative für ein flexibles Pensionierungsalter 62, welches für Männer und Frauen gelten würde. Nach Angaben von Adrian Schmid ist bereits ein Drittel der nötigen Unterschriften gesammelt. Bis zu den Nationalratswahlen Ende Oktober werde das Volksbegehren stehen, stellte der Vi-

zepräsident der Grünen in Aussicht. Finanzieren wollen die Grünen die Neuregelung mit einer Energiesteuer.

Wenig Begeisterung weckte die im Juni ebenfalls anstehende Initiative von SPS und Gewerkschaften «zum Ausbau von AHV und IV». Zwar resultierte mit 55:4 Stimmen eine deutliche Ja-Parole, aber rund ein Drittel der Delegierten enthielt sich der Stimme.

Lex Friedrich: Leer einlegen

Etwas Stimmung in die Wiler Tonhalle brachte erst Luzius Theilers vehementes Plädoyer gegen die Lockerung der Lex Friedrich. «Es wäre keine Sternstunde der Grünen, wenn sie ausgerechnet im Naturschutzjahr einer Vorlage zustimmte, die der weiteren Naturzerstörung im Alpenraum Vorschub leistet», appellierte Theiler an die Glaubwürdigkeit der Partei. Den Ausschlag gab das Votum eines welschen Delegierten. Er meinte, die Grünen dürften weder das in den Bodenhandel drängende Spekulationskapital noch das von fremdenfeindlichen und rassistischen Motiven getragene Referendum der

Schweizer Demokraten unterstützen. Die Versammlung folgte seinem Rat: «Voter blanc» – leer einlegen.

In ihrer Eröffnungsansprache hatte Parteipräsidentin Verena Diener beklagt, dass ökologische Themen im Wahljahr 1995 bisher keine Resonanz gefunden hätten. Dabei sei so manches, was sich derzeit auf Bundesebene tue – etwa die im Parlament von Bürgerlichen eingebrachte Motion für eine sechsspürige N 1, der Luzerner Tempoentscheid des Bundesrates oder der Vorstoss Schmidhalter zur teilweisen Aufhebung der Alpeninitiative –, eine «programmierte ökologische Katastrophe».

Neue Mehrheiten gefordert

Neben einer neuen Energiepolitik mit Energiebesteuerung und CO₂-Abgabe braucht die Schweiz nach Diener «neue Mehrheiten und neue Koalitionen». An die Adresse der SP hielt sie fest, ohne Rücksicht auf die Grünen sei dies nicht zu erreichen: «Wir sind nicht der kleine Bruder der SP und auch nicht Wachfiguren, die Peter Bodenmann für seine strategischen Ziele hin- und herschieben kann.»

Nach ihrer Wahl in den Zürcher Regierungsrat will Diener nun möglichst rasch das Parteipräsidium abgeben. Am 1./2. Juli soll ein Sonderparteitag die Nachfolge regeln und den Europa-Kurs der Grünen festlegen. Die scheidende Präsidentin wünscht sich eine «aktive grüne Beitrittspolitik».

AHV: Breite Zustimmung

Parolen von 6 Parteien

Die 10. AHV-Revision findet bei den sechs Parteien, die am Samstag ihre Parolen fassten, mehrheitlich Zustimmung. Die Initiative für den Ausbau von AHV und IV hiessen nur die Grünen und die PdA gut.

Bern. – Als letzte Bundesratspartei fasste die Schweizerische Volkspartei (SVP) in Freiburg ihre Parolen. Die Ja-Empfehlung zur 10. AHV-Revision fiel ebenso einstimmig aus wie die Ablehnung der Volksinitiative der SP und des Gewerkschaftsbundes für einen Ausbau von AHV und IV. Damit tragen alle vier Bundesratsparteien die Revision mit, wobei die SP als einzige im Regierungslager auch die linke AHV-Initiative unterstützt.

Von den fünf kleineren Parteien, die am Samstag ihre Parolen fassten, stellten sich deren vier hinter das Revisionswerk. Die Grünen tagten in Wil (siehe Artikel nebenan). Der Landesring der Unabhängigen (LdU) – seine Delegierten trafen sich in Aarau – hielt in seiner Ja-Empfehlung fest, die 10. AHV-Revision mache die AHV noch sozialer. Es dürfe nach dem 25. Juni jedoch nichts unterlassen werden, um die Erhöhung des Rentenalters für Frauen wieder zu korrigieren.

Ohne Wenn und Aber traten die Delegierten der Liberalen Partei (LPS) in Basel für die Revision ein. Die soziale Realität habe sich geändert, und die Frauen seien nicht die Verliererinnen, hiess es. Die Evangelische Volkspartei (EVP) fasste ihre Ja-Parole in Bern mit 80 zu 31 Stimmen. Das Zentralkomitee der Partei der Arbeit (PdA) hingegen beschloss hierzu in Neuenburg die Nein-Parole.

Die Initiative für einen Ausbau von AHV und IV bezeichneten SVP, Liberale, LdU und EVP einhellig als zu weitgehend. Bei der EVP hatte der Zentralvorstand die Nein-Parole vor der Delegiertenversammlung einstimmig gefasst. Die PdA beschloss wie die Grünen die Ja-Parole zur AHV-Initiative.

Lex Friedrich: Viermal ja

Bei der Teilrevision des Bundesgesetzes über den Grundstückserwerb durch Personen im Ausland (Lex Friedrich) empfehlen SVP, Liberale, LdU und EVP, ein Ja in die Urne zu legen. EVP-seits fiel der Ja-Entscheid im Zentralvorstand einstimmig. Die PdA beschloss Stimmfreigabe.

Bei der SVP war die Vorlage umstritten: Die Mehrheit (153 Delegierte) war mit dem Berner Nationalrat Samule Schmid der Meinung, die investitionsbehindernde Funktion des Gesetzes müsse entsprechend dem veränderten wirtschaftlichen Umfeld gelockert werden. Eine Minderheit um den Zürcher Nationalrat Werner Vetterli hielt dagegen, die Vorlage sei der erste Schritt zur Abschaffung der Lex Friedrich und die Benachteiligung der Auslandschweizer der zweiten Generation sei stossend. (SDA/AP)